

MALAWI

Republik Malawi

Staats- und Regierungschef: Arthur Peter Mutharika

Die Diskriminierung von Menschen mit Albinismus ging weiter, während die Bedrohung der Vereinigungsfreiheit und der friedlichen Versammlung zunahm. Es gab vermehrt Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger.

HINTERGRUND

2019 war ein Wahljahr für Malawi: Im Umfeld der Wahlen kam es in Malawi zu Protesten, und die Regierung nutzte das Gesetz, um Führer der Zivilgesellschaft und Organisatoren von Friedensdemonstrationen zum Schweigen zu bringen. Einige Führer der Zivilgesellschaft wurden mit dem Tode bedroht, und ihr Eigentum wurde von Aktivisten der Regierungspartei zerstört. Menschen mit Albinismus lebten weiterhin in Angst, da Ritualmörder mindestens einen Menschen mit Albinismus ermordet hatten

DISKRIMINIERUNG - MENSCHEN MIT ALBINISMUS -

Menschen mit Albinismus sind weiterhin Ziel von Angriffen auf ihre Körperteile: In vielen Fällen wurden Menschen mit Albinismus aus rituellen Gründen und aus Aberglauben, dass ihre Körperteile in Wirtschaft und Politik Glück bringen würden, getötet. Im Januar wurde der 60-jährige Yassin-Kwenda Phiri in seinem Haus in der Bucht von Nkhata ermordet, während sein 9-jähriger Sohn George hilflos zusah. Zwei Frauen hackten seinem Vater mit einem Messer die Arme ab und entfernten mit bloßen Händen seine Eingeweide. Goodson Fanizo, 14, wurde im Februar entführt. Obwohl sechs Verdächtige von der Polizei aufgegriffen wurden, waren bis zum Jahresende weder das Kind noch seine Leiche gefunden worden. Positiv zu vermerken ist, dass der Oberste Gerichtshof fünf Personen wegen Mordes an Menschen mit Albinismus verfolgt und verurteilt hat. Alle fünf Personen wurden zum Tode verurteilt. Amnesty International begrüßte zwar die Verurteilungen, sprach sich aber nach wie vor gegen die Anwendung der Todesstrafe als Form der Bestrafung aus, selbst für schwere Vergehen. Menschen mit Albinismus sahen sich auch weiterhin mit Problemen beim Zugang zu Gesundheitsdiensten in Distriktkrankenhäusern konfrontiert.

RECHT AUF FRIEDLICHE VERSAMMLUNGS- UND VEREINIGUNGSFREIHEIT

Nach den Parlamentswahlen im Mai waren die Oppositionsparteien und Organisationen der Zivilgesellschaft mit dem Ergebnis unzufrieden und deuteten auf Wahlbetrug hin. Die Human Rights Defenders Coalition (HRDC) organisierte Proteste gegen angeblichen Wahlbetrug durch die malawische Wahlkommission. Im August wies das Oberste Gericht den Antrag der Regierung auf eine einstweilige Verfügung gegen Proteste ab, die den Rücktritt der Vorsitzenden der Wahlkommission, Jane Ansa, forderten. Richter Chikopa kam zu dem Schluss, dass das Demonstrationsrecht in der Verfassung Malawis an keine Bedingungen geknüpft sei und der Staat weder pauschale Verbote aussprechen noch die Gerichte nutzen könne, um die Proteste zu verbieten.

MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER*INNEN

HRDC-Aktivisten, die nach den Wahlen im Mai Demonstrationen gegen angeblichen Wahlbetrug organisiert und geleitet hatten, wurden von Jugendkadern der Regierungspartei angegriffen, eingeschüchert und von den Behörden gezielt verfolgt. Timothy Mtambo, Vorsitzender der

Koalition der Menschenrechtsverteidiger und Exekutivdirektor des Zentrums für Menschenrechte und Rehabilitation (CHRR), erhielt zunehmend Morddrohungen durch Textnachrichten und wurde von Unbekannten angegriffen. Im Oktober feuerten unbekannte Schützen gegen 23 Uhr sechs Schüsse auf das Fahrzeug von Mtambo ab, als er von einem Treffen in Lilongwe nach Hause fuhr.

Am 25. September schlugen und hackten unbekannte Jugendliche den Menschenrechtsaktivisten Billy Mayaya und mehrere andere Aktivisten in Blantyre. Mayaya wurde schwer am Kopf verletzt. Statt die Aktivisten vor den Attacken zu schützen, setzte die Polizei Tränengas gegen die Demonstrierenden ein.

Im Juli wurden Gift Trapence und Reverend MacDonald Sembereka wegen Veruntreuung von Geldern und Betrieb nicht registrierter NGOs angeklagt. Sie wurden beide von den Gerichten freigesprochen. Die beiden Menschenrechtsverteidiger wurden zur Zielscheibe gemacht, um sie zum Schweigen zu bringen und sie an der Organisation weiterer Demonstrationen zu hindern.

UNRECHTMÄßIGE TÖTUNGEN/TOD IN HAFT

Exzessive Gewaltanwendung, unrechtmäßige Tötungen und Folter blieben ungestraft. Im Februar wurde Buleya Lule in Lilongwe unter dem Vorwurf der Entführung eines Kindes mit Albinismus verhaftet und erschien im Februar gemeinsam mit fünf anderen Personen vor Gericht. Buleya Lule starb später in einer Polizeizelle. Der am 12. April veröffentlichte Obduktionsbericht enthüllte, dass Buleya einen Elektroschock erlitten und Verletzungen an Kopf, Gesäß und Magen erlitten hatte. Im September starb Justin Phiri, einer der Protestierenden nach der Wahl, in der Haft. Er war von Soldaten schwer angegriffen worden und starb an infizierten Wunden, die nicht behandelt wurden, die Polizei hatte ihn nicht in ein Krankenhaus gebracht.